
Öffentliches Eigentum: überholt?

Rezension von: Manfred Mugrauer
(Hrsg.), Öffentliches Eigentum – Eine
Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische
Verstaatlichtengesetzgebung,
Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft,
Wien 2007, 206 Seiten, € 10.

Zuerst zu den positiven Aspekten dieses Sammelbandes: Das Buch stellt die Frage des öffentlichen Eigentums zur Debatte. In Zeiten, in denen nicht nur Banken und Industriebetriebe, sondern auch öffentliche Dienstleistungen direkt (bspw. über die Börse) oder indirekt (Ausgliederungen, öffentlich-private Partnerschaften, *Private Finance Initiatives* etc.) an private Betreiber übergehen, ist die Frage nach dem Sinn oder der Rolle des öffentlichen Eigentums in kapitalistisch verfassten Gesellschaften brennender denn je zuvor. Während sich die modernisierten sozialdemokratischen Parteien spätestens nach dem Systemwechsel in Osteuropa dieses Themas entledigt haben, wird die Frage des öffentlichen Eigentums vor allem in Kreisen der globalisierungskritischen Bewegungen und in Parteien, die links von der Sozialdemokratie stehen, debattiert. Zweitens fasst es die Geschichte der verstaatlichten Industrie und Banken in Österreich zusammen (siehe die Beiträge von Hautmann und Murgg) und arbeitet die schwierige Situation der KPÖ beim Zustandekommen der Verstaatlichtengesetzgebung heraus (siehe den Beitrag von Mugrauer).

Hautmann listet in seinem Beitrag zu Verstaatlichungen in Österreich nach 1945 sechs Ursachen für die Erfolge der Nationalisierungen auf: erstens die

Existenz der Sowjetunion als sozialistische Alternative, die die Bourgeoisie zu Konzessionen zwang; zweitens die Diskreditierung von Teilen des Privatkapitals durch die Zusammenarbeit mit den Faschisten; drittens das deutsche Auslandskapital und damit verbunden viertens die Frage der Reproduktionsleistungen an die Sowjetunion (deshalb hatten die Verstaatlichungen auch eine antisowjetische Schlagseite); fünftens die Schwäche des österreichischen Privatkapitals, der Mangel an Investitionen und die Initiative der betroffenen Arbeiter sowie sechstens die Hegemonie einer staatsinterventionistischen Politik, der ausgehend vom New Deal in den USA und den Verstaatlichungen der Labour Party in Großbritannien auch ÖVP-Politiker in Österreich das Wort redeten. Ähnlich argumentiert auch Murgg in seinem Beitrag.

Einig sind sich Hautmann und Murgg auch, wenn es um die Funktion der verstaatlichten Industrie ging: Entgegen sozialdemokratischer Rhetorik stellte sie keine Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem dar, sondern war im Großen und Ganzen den Interessen des Privatkapitals untergeordnet. Dies wurde einerseits dadurch sichergestellt, dass für die verstaatlichten Betriebe nicht nach gemeinwirtschaftlichen, sondern nach privatwirtschaftlichen Kriterien geführt wurden. Im Gegensatz zu anderen Ländern hatten die verstaatlichten Betriebe in Österreich keine eigene Rechtsform. Andererseits flossen die durch die verstaatlichte Industrie erzielten Gewinne jahrzehntelang in das Budget ein. Zwischen 1970 und 1981 erwirtschafteten die verstaatlichten Unternehmen vier Milliarden Schilling Dividende und 112 Milliarden Schilling Steuern (S. 14). Andererseits schrieb das Verstaatlichtengesetz fest, dass

im Produktionsbereich nur die Grundstoffindustrie verstaatlicht werden durfte, während die Endfertigung in der Hand der Industriellenfamilien blieb. (Zum Teil wurde diese Vorgabe allerdings dadurch umgangen, dass die verstaatlichten Banken Anteile an Unternehmen in der verarbeitenden Industrie hielten).

Die untergeordnete Rolle spiegelte sich nicht zuletzt darin wider, dass die verstaatlichten Unternehmen Grundstoffe zu Preisen lieferten, die zum Teil um bis zu 40 Prozent unter den Weltmarktpreisen lagen und die der Privatindustrie zwischen 1946 und 1964 dadurch 8,4 Mrd. Schilling erspart haben sollen (S. 72). Darüber hinaus wurde die untergeordnete Rolle aber auch dadurch sichergestellt, dass ein hoher Anteil der Personen in den Direktionen und Aufsichtsräten aus dem bürgerlichen Lager stammten (S. 18). Zum Teil handelten die bürgerlichen Manager sogar gegen die Interessen der eigenen Unternehmen. U. a. wurde auf diese Weise der Landmaschinenhersteller Hofherr-Schatz zugunsten des amerikanischen Konkurrenten Massey-Ferguson, deren österreichische Vertretung von einer einflussreichen österreichischen Kapitalistengruppe betrieben wurde, in den Ruin getrieben. Ein anderer Fall ist ein Übereinkommen zwischen Siemens und Elin, das Elin dazu verpflichtete, nicht in die Nachrichten- und Kommunikationstechnik zu investieren (ebenda).

Neben der Stützung der privatwirtschaftlichen Verwertungsbedingungen hatte die verstaatlichte Industrie allerdings die wichtige Funktion, Beschäftigung zu schaffen und zu erhalten. 1957 arbeiteten 2,2 Mio. Personen und damit 30% der österreichischen Beschäftigten in verstaatlichten Unter-

nehmungen (S. 14). Die verstaatlichten Unternehmen schufen aber nicht nur Beschäftigung, sie sorgten auch dafür, dass ihre Mitarbeiter überdurchschnittliche Sozialleistungen erhielten (siehe den Beitrag von Russheim). Durch einen wesentlichen Beitrag zur Vollbeschäftigung und vergleichsweise gute bezahlte und mit Sozialleistungen verbundene Arbeitsplätze übte die verstaatlichte Industrie Druck auf die privaten Unternehmen aus, die Beschäftigungsbedingungen ebenfalls anzuheben. Insofern hat Hautmann sicher recht, wenn er feststellt, dass die „Verstaatlichte ... mit ihrer Vorreiterrolle bei Sozialleistungen und Löhnen eine Beispielwirkung auf das gesamte gesellschaftliche Leben der Zweiten Republik ausgeübt“ hat (S. 21).

Nicht zuletzt aus diesem Grund fällt die Bilanz der verstaatlichten Industrie trotz aller Einschränkungen und Unzulänglichkeiten positiv aus. In den 1960er Jahren sorgte die verstaatlichte Industrie für rund ein Drittel der gesamten österreichischen Industrieproduktion und war für über ein Viertel der Exporte verantwortlich. Zur selben Zeit förderten verstaatlichte Unternehmen in Österreich ein Viertel der gesamten Weltproduktion an Magnesit (S. 13). „Die verstaatlichte Industrie hat in der Zeit ihrer Blüte bewiesen, dass staatliche Unternehmen die gleiche, ja sogar größere Dynamiken zu entfalten vermögen wie privat geführte“ (S. 21). Die Krise der verstaatlichten Industrie erklärt sich folglich nicht aus der mangelnden Effizienz, Innovationsfähigkeit und dem politischen Einfluss, wie in der *Mainstream*-Literatur behauptet wird, sondern aus einem Sammelsurium an Gründen. Dazu zählen zuallererst die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre, die die Grundstoffindustrie besonders hart traf, mangelnde Unterstützung

durch die Regierung und mangelnde Kontrolle durch die demokratischen Institutionen sowie schwerwiegende Fehler durch das Management einiger verstaatlichten Unternehmen. Hier wird vor allem auf das VOEST-Debakel 1985/86 verwiesen (S. 15f).

Jetzt zu den Schwächen des Buches: Die AutorInnen verabsäumen es, die verstaatlichten Unternehmen, deren Anteil in Österreich ja über das in westlichen kapitalistischen Wirtschaften übliche Ausmaß deutlich hinausging, als Teil der österreichischen Nachkriegswirtschaft bzw. das, was man als ein österreichisches Wirtschafts- und Sozialmodell bezeichnen könnte, zu analysieren. Der große Anteil an staatlichen Unternehmen bei einem gleichzeitigen Mangel an Koordination und Planung hätte als Anlass genommen werden können, die spezifischen Merkmale und Widersprüche dieses Modells herauszuarbeiten. Hier wäre bspw. auch die spezifische Rolle der verstaatlichten Banken, die sich zum Teil wesentlich von jener der Industrie unterschied, zu diskutieren. Interessant wäre aber auch die Beleuchtung der Rolle der staatlichen Unternehmen in der austrokeynesianistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Problematisch werden die Beiträge aber vor allem dann, wenn sie versuchen, über die historische Analyse der Ereignisse hinauszugehen und die Funktion und das Emanzipationspotenzial von öffentlichem Eigentum in kapitalistischen verfassten Gesellschaften zu analysieren (siehe den Beitrag von Hautmann zu Kapitalismus und öffentliches Eigentum sowie der Beitrag von Gaisch). Die AutorInnen haben offenbar in den letzten Jahrzehnten wichtige Beiträge und Debatten in der marxistischen Linken zum öffentlichen

Eigentum nicht mitbekommen (bspw. David Harvey, Elmar Altvater, Jörg Huffscheid) und argumentieren stattdessen mit UdSSR-Standardwerken und den darin verwendeten Begrifflichkeiten (bspw. „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“) aus den 1970er Jahren. Die Konzepte und Analysen stellten damals schon eine unzulässige Vereinfachung und damit Entfremdung von Marx' hochkomplexer Theorie der politischen Ökonomie dar. Wenn in Zeiten des Neoliberalismus und weltweit zunehmender Konkurrenz noch vom Wesen des Monopolkapitalismus geschrieen wird, wirkt das aber nicht nur verstaubt, sondern schon etwas skurril.

Damit hängt auch ein dritte Schwäche des Buches zusammen: Zwar versucht der Sammelband ansatzweise, über die verstaatlichte Industrie hinauszugehen und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in die Analyse mit einzubeziehen, gelungen ist das aber nicht. Der Beitrag von Margarete Kreiner zur „Rolle des Staates im Bereich der sozialen Dienstleistungen“ ist zwar hochinteressant, dreht sich aber um eine spezifische Facette von öffentlichen Dienstleistungen, in der es mehr um die spezifische Reproduktion eines konservativen Wohlfahrtsstaatssystems geht als um die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. (Die angesprochenen Dienstleistungen wurden in der Regel immer schon privat und unentgeltlich von Frauen geleistet.) Christian Felbers Beitrag wiederum hat mehr den Charakter eines Manuskripts für einen Vortrag als eines durchdachten und ausformulierten Beitrags zur akademischen Privatisierungsdiskussion. Insofern bleibt der Eindruck, dass die Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Liberalisierungs- und Privati-

sierungswelle in Europa, die sich längst nicht mehr auf Industrieunternehmen und Banken beschränkt, nur halbherzig aufgenommen wurde. Jedenfalls scheint sie aber keinen wesentlichen Einfluss auf die Analyse zur Zukunft des öffentlichen Eigentums zu haben (siehe den Beitrag von Gaisch).

Insgesamt ist das Buch für all jene interessant und lesenswert, die sich für die Geschichte der verstaatlichten Industrie in Österreich und die spezifische Rolle der KPÖ interessieren. Wer sich mehr erwartet, wird eher enttäuscht werden.

Christoph Hermann